

Februar 2019

**Freie
Demokraten**



Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein **FDP**

Mehr Mut wagen –

Start-Ups unterstützen.

Positionspapier der FDP-Landtagsfraktion

Mehr Mut wagen – Start-Ups unterstützen.



Schleswig-Holstein hat die idealen Voraussetzungen, um eine Vorzeigeregion für innovatives Gründertum zu sein. Rund 50.000 Studierende, die Nähe zum Ostseeraum und der Metropole Hamburg und deren Gründungsschwerpunkte beherbergen ein hohes Potenzial für neues Denken und neue Ideen.

Mehr Mut wagen

Wer seine eigene Idee umsetzt und in die Gründungsphase geht, geht meist ein Risiko ein, da hiervon häufig die berufliche und finanzielle Existenz abhängt. Diesen Schritt zu wagen, möchten wir noch besser unterstützen. Hierfür bedarf es Zuspruch von Politik und Verwaltung, der Gesellschaft, am Ende aber auch und vor allem von Investoren.

Mut zur Umsetzung der eigenen Idee

Wer ein Unternehmen gründet, gibt nicht nur sich selbst, sondern im Regelfall auch anderen eine berufliche Perspektive. Deswegen ist das Start-Up-Geschehen volkswirtschaftlich sehr wertvoll für unser Bundesland. Nicht nur die potenziellen Gründer müssen mutig sein, auch Politik, Verwaltungsapparat und Investoren müssen es sein. Junge und auch ältere Menschen sollten ein gesellschaftliches Klima vorfinden, sich mehr auf die Gründung eines Unternehmens oder zur Freiberuflichkeit zu fokussieren. Es muss nicht erst die ideale Idee vorhanden sein. Auch der Gründungswille kann Stein des Anstoßes einer Start-Up-Karriere sein – sei es auch erst beim vierten oder fünften Versuch. Jeder Mensch hat eine zweite und dritte Chance im Leben verdient, dies gilt auch für seine Ideen. Mit seiner Idee oder Unternehmung zu scheitern, darf kein Grund zur Hämie sein, da sonst hieraus ein gründungsfeindliches Klima entsteht. Wir benötigen eine positive und optimistische Fehlerkultur.

Mut muss Schule machen

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wesentlicher und prägender Aspekt unserer Republik. Dieser Grundwert sollte, wie auch Demokratie und Teilhabe, früher und intensiver in den Schulen vermittelt werden. Initiativen, wie z.B. des Deutschen Instituts für Wirtschaft („JUNIOR“), die das Finden einer Geschäftsidee und die Unternehmensgründung durch learning by doing vermitteln oder kreative Planspiele, sollten flächendeckend an unseren Gemeinschaftsschulen und Gymnasien wie auch an berufsbildenden Schulen stattfinden. Entrepreneurship Education sollte wiederkehrender und fester Bestandteil der Lehrpläne in Schleswig-Holstein sein. Wir bitten die Landesregierung, ein möglichst von der Grundschule über weiterführende Schulen bis hin zu den Hochschulen

wirkendes Konzept zur Etablierung des Entrepreneurship Education vorzulegen und zu implementieren. Am SHIBB soll darüber hinaus ein Kompetenzzentrum für Gründungsgeschehen an Beruflichen Schulen entstehen. Die Ableitung des waterkant.sh Festivals an Schulen „Young waterkant“ soll verstetigt und finanziell vom Land abgesichert werden. Am SHIBB soll darüber hinaus ein Kompetenzzentrum für Gründungsgeschehen an Beruflichen Schulen entstehen.

Die Ableitung des waterkant.sh-Festivals an Schulen „Young waterkant“ soll verstetigt und finanziell vom Land abgesichert werden.

Mut zum Bürokratieabbau

Wir sprechen uns dafür aus, dass Landesregierung und Kommunen bürokratische Hürden vor allem in der Gründungsphase reduzieren bzw. etwaige Berichtspflichten auf einen späteren Zeitpunkt verlagern. Die Möglichkeiten des IT-Verbundes Schleswig-Holstein sind hierfür konsequent anzuwenden. Der Anspruch der Behörden soll darauf ausgerichtet sein, dass möglichst viele Gründungsinteressierte schnellstmöglich die gesetzlichen und verwaltungsseitigen Anforderungen umsetzen können. Der Verwaltungsprozess ist gänzlich in digitaler Form zu durchlaufen. Hierbei soll nicht erst das Onlinezugangsverbesserungsgesetz abgewartet werden, sondern proaktiv und vor 2022 der Zustand erreicht sein, Verwaltungsschritte online erledigen zu können. Es muss zudem Anreize und keine unnötigen bürokratischen Hürden geben, nach einer erfolgreichen Gründungsphase auch kontinuierlich weiter zu wachsen. Da der Bürokratieaufwand mit zunehmender Unternehmensgröße ansteigt, gilt es auch hierauf zu achten. Dies ist gerade für ein Bundesland wie Schleswig-Holstein, in dem es vor allem kleine und mittlere Unternehmen gibt, von hoher Bedeutung.

Mut zum finanziellen Einstieg

Eine der größten Herausforderungen Schleswig-Holsteins auf dem Weg zu einer florierenden Start-Up-Szene ist das geringe Aufkommen von Risikokapital/Venture-Capital. Vor allem Investoren aus Hamburg und dem restlichen Bundesgebiet könnten noch stärker davon überzeugt werden, dass sich auch der Blick gen Norden lohnen kann, um zu investieren. Wir begrüßen auch den Ansatz, dass die Landesregierung selbst in Anschubfinanzierung von Start-Ups aus Schleswig-Holstein einsteigt. Hieraus könnte auch ein zentraler Fonds, der auch oder ausschließlich mit Einlagen von Bürgerinnen und Bürgern gespeist wird, entstehen. Ebenfalls wäre die Gründung einer Stiftung als Ergän-

zung zum Start-Up-Fonds zu prüfen. Bürokratische Erfordernisse bei der Beantragung von Landesmitteln wie dem Seed- und Start-Up Fonds sind stetig und konsequent abzubauen. Je niedrigschwelliger die Fördermittel gewährt werden können, desto größer ist der Standortvorteil für ein Start-Up in Schleswig-Holstein zu gründen. Bereits bestehende Institutionen wie der High-Tech-Gründungsfonds müssen partnerschaftlich durch Wirtschaftsvertreter und Landesregierung zu einem größeren Engagement in Schleswig-Holstein eingeladen werden.

Mut zu Offenheit und Freiheit von Technologien und Innovationen

Es kann keine Unterteilung zwischen „guten“ und „schlechten“ Startups geben. Jede Unternehmung, ob sie rein dem Gemeinwohl oder eher dem Gewinn orientiert ist, ist gesellschaftlich als auch wirtschaftlich eine Bereicherung für unser Land. Wer politisch oder rechtlich zu enge Vorgaben gibt, in welche Richtung sich ein Landes-Start-Up-Milieu bewegen soll, wird zum einen unternehmerisches Potenzial ungenutzt lassen, und läuft zum anderen Gefahr, das Wesen von Innovationen zu verkennen und zu übersehen. Eine Idee, die z.B. zum nächsten Google aus Flensburg führt oder eine Idee von oder für Flüchtlinge, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, ist immer willkommen und förderungswürdig. Gleiches gilt auch für Forschung, die aus militärischen Kreisen ergeht, da hieraus auch viele Innovationen für zivile Zwecke entstehen. Diese Offenheit und Freiheit ist nicht nur für neue Unternehmensgründungen hilfreich, sondern hilft auch bestehenden Unternehmen, ihre Rolle als Arbeitgeber für einen signifikanten Anteil der der industriell Beschäftigten im Land dauerhaft wahrnehmen zu können. Dies dient auch direkt der sozialen Absicherung der Gesellschaft.

Mut, eigene Stärken voranzustellen.

Es gibt bereits mehrere Start-Up- und Ausgründungs-Cluster im Land. Beispielsweise hat sich im Lübecker Raum ein medizinisches Cluster ausgeprägt, andernorts wie in Flensburg und an der Westküste ein Cluster zur Nachhaltigkeit und Erneuerbaren Energien. Die Ausgründungsaktivitäten an unseren Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bereichern die bestehenden Cluster und sind von allen Ebenen und Akteuren mehr zu unterstützen.

Mut zur Kompetenzbündelung

Es gibt bereits viele verschiedene Akteure, Institutionen und Initiativen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben,

Gründungen in Schleswig-Holstein zu fördern. Vor allem an den Hochschulstandorten gibt es bereits eine etablierte Vernetzung untereinander. Die Idealvorstellung ist, dass es eine landesweit agierende Institution gibt, die sich für Master, Meister, Gesellen, Schüler, Senioren und weitere gründungswillige Menschen einsetzt. Der Zugang zu Fördermitteln, die Unterstützung bei Verwaltungsfragen oder auch die Hilfestellung bei der Erarbeitung eines Businessplans könnten hier koordiniert werden. Auch die Akquise von Risikokapitalgebern für hiesige Startups könnte hierüber erfolgen. Wir setzen uns dafür ein, dass unter Entscheidungsfindung der Start-Up-Szene ein federführender Akteur bestimmt oder etabliert wird.

Mut zum großen Wurf – Forderungen an den Bund

Insbesondere bei der Steuer- und Abgabenpolitik gibt es für den kritischen Zeitraum der ersten zwei Jahre eines Start-Ups Widrigkeiten, die geändert werden sollten. Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge oder die monatliche Umsatzsteuervoranmeldungspflicht sollten erst greifen, wenn ein Start-Up richtig Fuß gefasst hat. Hierbei gehen den öffentlichen Kassen keine Einnahmen verloren, sie finden lediglich verzögert statt, um die Liquidität bei den jungen Unternehmen nicht zu sehr zu belasten. Vermeidung von Hinterziehung von Sozialversicherungsabgaben o.Ä. sind verwaltungsseitig durch andere, weniger die Volkswirtschaft einschränkende Maßnahmen, zu bewerkstelligen. Andere Länder gehen bei der steuerlichen Förderung von eingesetztem Wagniskapital bereits vor. Auch in Deutschland ist mit einem Sprung bei privatem Engagement zu rechnen, wenn dies steuerlich besser berücksichtigbar wäre. Die Einzelförderung von Personen wie Gründungsstipendien oder auch das BAföG sollten vom berechtigten Personenkreis deutlich ausgeweitet werden, um mehr Gründungswillige zu erreichen. Auch Nicht-Akademiker müssen deutlich stärker von solchen Unterstützungen profitieren können.

Kiel, Februar 2019

Dennys Bornhöft, MdL
Start-Up-politischer Sprecher

Kontakt zur Fraktion

FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel.: (0431) 988-1480

Email: info@fdp.ltsh.de

Web: www.fdp-fraktion-sh.de